

Doppelseitige Rheinlandkontrolle?

14 September 1928

Die Rheinlandbesprechungen in Genf, die am Donnerstag abgeschlossen werden sollten, haben im letzten Augenblick eine Sensation gereizt. Sie werden noch in diesen Tagen weitergeführt und zwar voraussichtlich am Sonntag. Reichskanzler Müller, der bereits am Freitag Genf verlassen sollte, hat seine Abreise verschoben. Was ging bei der zweiten Räumungsbesprechung in Genf vor? Sämtliche Beteiligten üben darüber begreiflicherweise die größte Verschwiegenheit aus. Man geht jedoch nicht fehl in der Annahme, daß in Genf eine neue Situation immer deutlicher zutage tritt, die den Weg der deutschen Außenpolitik für die nächste Zeit bestimmen muß. Die Gegensätze zwischen dem französischen und dem deutschen Standpunkt sind nicht überbrückt, aber eine solche Brücke wird weiter gesucht, und daß diese Suche recht eifrig betrieben wird, dafür spricht schon die Fortdauer der Beratung.

Diesmal soll von einer doppelseitigen Kontrolle die Rede gewesen sein, also einer solchen Kontrolle, der Frankreich in der gleichen Weise wie Deutschland sich zu unterwerfen hätte. Es besteht kein Zweifel darüber, daß bei den Franzosen dabei das Bestreben entscheidend ist, den schwer zermürbten „Geist von Locarno“ wieder aufleben zu lassen. Denn in dem Augenblick, wo die Frage der Sicherheit und der Kontrolle am Rhein akut wird, ist das alte Locarnofriede wieder da. Es erscheint unerlässlich, was nun über Locarno hinaus auf dem Gebiet der Sicherheit und Garantie im Rheinland noch geschehen kann und soll. Es scheint aber, daß bei den weiteren Besprechungen in Genf man sich auch darüber unterhalten wird.

Es war ein geistreiches Manöver Frankreichs, die Räumungsfrage auf den Locarno-Komplex zurückzubringen. Nach der Rede Briand's schien es, daß Frankreich mehr von Versailles und Ruhr ausgeht, als von Locarno und Genf. Und es bedeutet eine gewisse Nachgiebigkeit Deutschland gegenüber, wenn man die engste Verbindung zwischen Räumung und Reparationen etwas auflodert und die beiden Fragen zwar parallel, aber doch unabhängig voneinander zur Besprechung bringt.

Eine vernünftige Ansicht des „Rafin“

Paris, 14. September. Nicht bedeutungsvoll sind die Ausführungen des Genfer Vertreters des „Matin“ über die Rheinlandverhandlungen. Zur Frage der Gesamträumung vor dem festgesetzten Termin, schreibt das Blatt, daß diese an die Regelung der Reparationsfrage gebunden sei. Französische Sachverständige hätten Studien von großem Werte über die Möglichkeit zur Beschleunigung der Zahlungen gemacht. Man müsse sich auf eine längere und schwierige Debatte über diese Probleme im Laufe des kommenden Winters gefaßt machen. In Genfer Kreisen der Alliierten Frankreichs höre man die Meinung vertreten, die französische Regierung müsse große Weitherzigkeit betunden. Wenn die Kommission des französischen Senats fordern wolle, daß eine Räumung nur erfolgen dürfe, wenn Sicherheitsgarantien nicht nur an Frankreich, sondern auch an Polen und an die Tschekoslowakei gegeben würden, so nehme sie eine Haltung ein, die den Locarno-Vertrag und den Wert des Palles von Paris als schwache und nicht nur vor dem Völkerbund, sondern auch vor einer interalliierten Konferenz unhaltbar sei. Die französische Regierung könne nicht die Tatsache außer Acht lassen, daß die militärische Kontrollkommission sich aus Berlin und den anderen Städten des Reiches aus Grund eines günstigen Berichtes des Generals Nollet zurückgezogen habe und die weitere Tatsache, daß Barker Gilbert stets die reguläre Durchführung des Dawesplanes feststellen habe.

Eine Kontrolle für alle Länder?

London, 14. September. In Genfer Berichten der englischen Presse wird verschiedentlich eine günstige Wendung in den Rheinlandbesprechungen festgesetzt. Die „Daily Mail“ spricht sogar davon, es beständen gute Gründe für die Annahme, daß die französische Regierung ihre Auffassung in den letzten 48 Stunden geändert habe. Der Beschluß, zwei Kommissionen zu bilden, eine Sachverständigenkommission für die Prüfung der Mobilisierung der Dawes-Bonds und eine zweite Kommission zur Ausarbeitung von Vorschlägen für ein Ueberwachungs-system für die entmilitarisierte Rheinlandzone, wird aber noch nicht als großer Fortschritt angesehen, da die finanziellen Schwierigkeiten der ersten Kommission ohne die Mitwirkung Amerikas nicht überwunden werden könnten. Die Hoffnung, daß die Mitwirkung amerikanischer Bankiers ohne Bindung der Regierung zu erreichen sei, wird allerdings in manchen Kreisen unterhalten. Auch der namentlich von französischer Seite als Fortschritt bezeichnete Plan, der die Schaffung eines neuen Ueberwachungsverfahrens im Rheinlande vorsieht, erscheint bei näherer Prüfung nicht ganz so verlockend, da die Einbeziehung auch eines im Verhältnis zur deutschen 50-Kilometer-Zone sehr schmalen Streifens französischen Gebietes in die entmilitarisierte Rheinlandzone nur dann praktischen Wert hätte, wenn Deutschland in der Kommission oder einem nichtständigen Komitee wirklich entscheidende Stimme hätte. Eine Zusammenziehung der Kommission vorwiegend aus Vertretern neutraler Länder wäre aber wiederum für Frankreich nicht annehmbar. Die „Daily Mail“ berichtet weiterhin aus Genf, daß sich die Sicherheitsbesprechungen um den Vorschlag für die

Errichtung einer Körperschaft drehen, deren Aufgabe in der Ueberwachung der Rüstungen in allen Ländern bestehen soll.

Frankreich und Großbritannien hätten bisher jeden derartigen Vorschlag abgelehnt.

Eine „Versöhnungs- und Reizstellungskommission“

Paris, 14. September. Die Pariser Presse zeigt sich über den Gang der Rheinlanderhandlungen in Genf recht optimistisch. Die Besprechungen vom Donnerstag werden allgemein als ein Schritt vorwärts betrachtet. Als Lösungsmöglichkeiten bezeichnet der offiziöse „Petit Parisien“ die Mobilisierung eines ersten Abschnittes der deutschen Schulden, die Festsetzung des Reparationsplanes und endlich die Zustimmung der Vereinigten Staaten für eine

General-Liquidation der Kriegsschulden.

Wenn man sich über die erste Frage geeinigt habe und eine Regelung über die Sicherheitsfrage erzielt sei, könnten Frankreich und seine Alliierten die Möglichkeit einer Räumung der zweiten Rheinlandzone ins Auge fassen. Was die Gesamträumung anbelange, so würde sie erst als Krönung der Verhandlungen in Frage kommen. Das „Echo de Paris“ meint, Briand habe den Ausdruck „Kontrollkommission“ sorgfältig vermieden und wolle nur, daß eine sogenannte Verwaltungs- und Feststellungskommission geschaffen werde. Diese Kommission werde nicht ständig sein und wahrscheinlich auch keine Enquêtes an Ort und Stelle vornehmen können. Sie werde von Fall zu Fall zusammentreten, um zu prüfen, ob die von der einen oder anderen Seite vorgebrachten Klagen berechtigt sind. Frankreichs Alliierte in Mittel- und Osteuropa sähen die neue Einrichtung mit einem schlechten Auge an und besonders verheßten die Polen nicht ihre Unruhe.

Ministerrat in Rembouillet.

Paris, 14. September. Briand und Loujeur sind am Donnerstag abend aus Genf kommend in Paris eingetroffen. Dem am Freitag in Rembouviller zusammentretenden Ministerrat steht man in politischen Kreisen mit großer Spannung entgegen, da er sich in der Hauptsache mit den Genfer Völkerverbündungsverhandlungen, den Besprechungen Briands mit Reichstanzler Müller und den Besprechungen in der Scherf-Konferenz beschäftigen und die Haltung festlegen wird, die Briand nach seiner Rückkehr in Genf einzunehmen hat.

Das Diktatorjubiläum in Madrid.

Eine Suldigung vor Primo de Rivera.

Madrid, 14. September. Am Donnerstag, dem 13. d. M., fand zur Feier des Diktaturjubiläums vor Primo de Rivera ein Festschmückzug statt, an dem über 100 000 Männer und Frauen aus allen Provinzen des Landes teilnahmen. Primo de Rivera hielt eine Ansprache an die Mitglieder der „Antón Patriótica“, die er als die Trägerin der Zukunft Spaniens bezeichnete. Er stellte in Aussicht, daß die Diktatur weitere fünf Jahre bestehen bleiben und der 13. September künftighin spanischer Nationalfeiertag sein solle. Weiter wies er auf die Bedeutung des Wiedereintritts Spaniens in den Völkerverbund hin und legte ein Treubekenntnis zur Monarchie ab.

Die Verschwörungen.

Paris, 14. September. Wie aus Gibraltar gemeldet wird, wurde in Algeciras dem Militärgouverneur von der städtischen Bevölkerung mitgeteilt, daß sie wegen der Verhaftungen in den Generalstreik eintreten werde. Der Gouverneur erwiderte, die Truppen würden den Streik brechen. Viele spanische Freimaurer der Grenzstädte haben sich nach Gibraltar geflüchtet, um der Verhaftung zu entgehen. Sie sandten an den König von Schweden ein Telegramm, in dem sie ihn baten, bei seinem Gast dem König von Spanien gegen die Maßnahmen zu protestieren, die gegen die Freimaurer unternommen wurden. Ein Sonderkorrespondent des „Daily Chronicle“ aus Toulouse berichtet, daß im Zusammenhang mit der revolutionären Bewegung in Spanien mehr als 4000 Personen verhaftet wurden, darunter zahlreiche Deputierte, ehemalige Militärs, Mitglieder des Hochadels und der Kirche. Primo de Rivera erklärte, daß die Lage in allen Teilen Spaniens vollkommen normal sei, und daß es unwürdig gewesen sei, daß Delegierte des Arbeitskongresses verhaftet worden seien.

Der italienische Konsul in der Mordjache Verittsch
besaßtet.

Wien, 14. September. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Laibach: In unterrichteten Kreisen verlautet, die Belgrader Regierung habe die Abberufung des italienischen Konsuls zu verlangen. Der Konsul erscheine durch die im Zusammenhang mit der Mordaffäre Peritzky aufgefundenen Dokumente schwer belastet. Die Mordtat wurde der nationalitalienischen Organisation „Orjuna“ zugeschrieben. Nunmehr hat die Untersuchung ergeben, daß sie keinen politischen Hintergrund hat, sondern auf Zwistigkeiten zurückzuführen ist, die in dem vom italienischen Konsul bezahlten Spionagegruppen entstanden.

Das Urteil im Chorzow-Streit.

Haag, 13. Sept. Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof wurde am Donnerstag nachmittag das Urteil im Chorzow-Streit verlesen. Während sich das Gericht in seinen früheren Urteilen darauf beschränkte, die Unrechtmäßigkeit der Beschlagnahme der Chorzowwerke durch Polen und das Recht Deutschlands auf eine Vergütung festzustellen, handelte es sich diesmal um die Bestimmung der Entschädigung und der Zahlungsweise. Das Deutsche Reich forderte diesmal in seiner Klage für die Oberschleisichen Städtstoffwerke als Eigentümerin der Fabrik eine Vergütung von 58 700 000 M. und für die Bayrischen Städtstoffwerke einen Betrag von 20 179 000 M. mit der Bestimmung, daß Polen die Zahlung effektiv leisten müsse, um zu verhindern, daß Polen eine Auf-

rechnung gegen von Deutschland nicht anerkannten Forderungen verliere.

Das heute verlesene Urteil besagt, daß die Haltung der polnischen Regierung gegenüber den Bapzischen und Oberschlesischen Städtstoffwerken im Widerspruch zu Art. 36 der Genfer Konvention stehe und daß Polen zur vollen Entschädigung des erlittenen Schadens an das Deutsche Reich verpflichtet sei. Der polnische Versuch, die Ansprüche der Oberschlesischen Städtstoffwerke durch den Hinweis auf das zivilrechtliche Urteil von Rattowitz und auf Art. 256 des Versailler Vertrages in Frage zu stellen, wird vom dem Gericht abgelehnt, ebenso die polnische Forderung auf Auslieferung der 110 Millionen Mark Aktien der Oberschlesischen Städtstoffwerke durch Deutschland. Das Urteil besagt weiter, daß sich das Gericht nicht für zuständig halte, zu bestimmen, daß Polen die Zahlung nicht gegen eine eigene Forderung aufrechnen dürfe. Das deutsche Ergehen, die Ausfuhr der Chorzowwerke und die Herstellung von Ammoniak-Nitrat in diesem Werk für eine gewisse Zeit zu verbieten, wird vom Gericht zurückgewiesen, weil dies einen künftigen Schutz der deutschen Werke bedeuten würde und mit dem bereits erlittenen Schaden nichts zu tun habe. Die Feststellung der Entschädigung und der Zahlungsweise bleibt einem späteren Urteil nach Erhalt des einzuholenden Sachverständigengutachtens und der diesbezüglichen Stellungnahme der beiden Parteien vorbehalten. Für den Sachverständigenbericht hat das Gericht einen Dreierauschuß eingesetzt, dem jede der beiden Parteien noch ein beratendes Mitglied hinzufügen soll. Der Auschuß soll den Wert der Chorzowwerke am Tage der Beschlagnahme sowie den heutigen Wert, wenn sie unter Leitung des früheren Eigentümers sich normal entwickelt hätten, feststellen. Außerdem die finanziellen Ergebnisse, die die Werke in der Zwischenzeit unter Leitung der beiden deutschen Firmen erzielt hätten.

In der Begründung wird gesagt, daß die Beschlagnahme nicht einfach eine Enteignung sei, die durch eine Entschädigung gutgemacht werden könne. Es sei vielmehr ein ungeschicktes Vorgehen Polens, im Widerspruch zu Art. 6 und den folgenden Artikel der Genfer Konvention, die den wirtschaftlichen Status quo in Oberschlesien aufrechterhalten wollte und die Beschlagnahme des Eigentumes deutscher Untertanen ausdrücklich verboten hat. Die polnische Entschädigung dürfe sich nicht auf den Wert der Fabrik und die Zinsen seit der Beschlagnahme beschränken, sondern müsse jeden Schaden umfassen, der sich in der Folge für die beiden beteiligten Fabriken heraus ergeben hat. Die Frist für den Sachverständigenbericht wird noch festgelegt werden. Das Urteil wurde mit neun gegen drei Stimmen gefällt.

Zwei Amerikafahrten des „Graf Zeppelin“ noch in diesem Herbst.
Sonderbriefmarken.

Wie die Telegraphen-Union erfährt, werden für die Beförderung von einfachen Briefen und Postkarten mit dem neuen Luftschiff „Graf Zeppelin“ von Friedrichshafen nach Paderborn besondere Luftpostmarken von 4 M. für den Brief und 2 M. für die Postkarte ausgegeben. Diese können demnächst bei den größeren Postämtern des Reichsgebietes gekauft und durch Vermittlung der übrigen Postämter bezogen werden. Der Tag, an dem der Verlauf der Marken beginnt, wird noch im Amtsblatt des Reichspostministeriums bekanntgegeben werden. Die Verhandlungen wegen Rückpost von Amerika nach Europa sind noch im Gange. Dr. Edener hat übrigens die Absicht, noch in diesem Herbst zwei Fahrten nach Amerika zu unternehmen, wenn es die Witterungsverhältnisse erlauben, und die Posten zu versorgen. (Hap.)

„Graf Zeppelin“ am Sonnabend startbereit.

Friedrichshafen, 11. September. Die Füllung des Luftschiffes „Graf Zeppelin“ ist, wie die T. L. erfährt, soweit fortgeschritten, daß das Luftschiff voraussichtlich am Sonnabend startbereit sein wird. Ein genauer Zeitpunkt für die Werkstättenfahrt wird vorher nicht bestimmt werden, da man wegen der sehr beschränkten räumlichen Verhältnisse der Halle und des Landungsplatzes nur bei ziemlich windstillem Wetter ausfahren kann. Während bei der Werkstättenfahrt außer der Besatzung nur Werkpersonal mitfahren wird, werden bei darauffolgenden ersten öffentlichen Fahrt auch offizielle Gäste, Pressevertreter und Vertreter der Versuchsanstalt für Luftfahrt teilnehmen.

Eine Erklärung des Verteidigers Jakubowskis.

Rechtsanwalt Koch in Schöenberg, der Officialbe-
diger Jatzubowstis, sagt in einer Erklärung, die die
Landeszeitung für beide Medienburg gestern veröffentlicht
u. a. folgendes: „Als ich den amtlichen Bericht gelesen
hatte, wurde meine bisherige Ueberzeugung von der Un-
schuld des Jatzubowstis, die lediglich auf Annahme be-
ruhte, zur unumstößlichen und unerschütterlichen Gewis-
sheit. Jetzt weiß ich bestimmt, daß der wegen Jatzubow-
stis an Ewald Nogens verurteilte und hingerichtete Täter
Jatzubowstis völlig, ich unterstreiche das Wort, völlig Mit-
schuldig an diesem Morde ist und daß ihm weder Mit-
wisserschaft noch Mittäterschaft zur Last gelegt werden
kann. Die Rolle des Verteidigers tausche ich mit der
eines Anklagers. Ich lüge an: Friß Nogens am 9. No-
vember 1925 im Heidelaten den Ewald Nogens vor-
sätzlich und mit Ueberlegung getötet zu haben. Am Son-
ntag dieser Woche traf ich zufällig einen derjenigen Ge-
schworenen, die über Jatzubowstis zu Gericht gesessen haben.
Meine Frage, ob er den amtlichen Bericht gelesen habe,
bejahte er. Auf meine weitere Frage, wen er für den
wirklichen Mörder Ewald Nogens halte, erwiderte er:
„Friß Nogens.“ Wer nicht jeder Urteilskraft beraubt
wird diese Auffassung teilen. Wer in aller Welt soll
denn dieses Märchen des durchtriebenen Friß Nogens,
denn dreiften, plumpen Lügen über die Täterschaft von
Jatzubowstis glauben? Die Erzählung des Friß Nogens
ist so innerlich unwahrscheinlich, daß sie den Stempel der
Lüge an der Stirn trägt.“